

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

41. Sitzung
10. Oktober 2024

Beginn: 09.08 Uhr
Schluss: 12.33 Uhr
Vorsitz: Danny Freymark (CDU), Schriftführer

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Julia Schneider (GRÜNE) fragt für ihre Fraktion:

"Auf die Anfrage 19/19402 zum Hitzeschutz für Fußgänger*innen, hat der Senat geantwortet, dass u.a. das Modellprojekt "Klimastraße Hagenauer Straße" ein relevantes Projekt zur Förderung des Fußverkehrs ist. Ziel ist, die zurzeit stark versiegelten Flächen zu entsiegeln und zu begrünen. Verfolgt der Senat dieses Ziel nicht mehr bzw. warum wird das Vorhaben nicht weiter verfolgt und finanziert?"

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) antwortet, dass die vom Bezirk gestellten Förderanträge abgelehnt worden seien und der Bezirk aus Kapazitätsgründen entschieden habe, das Projekt nicht weiterzuverfolgen.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, wie der Senat die Bezirke bei anderen Projekten unterstützen könne. Nicht ausreichende Kapazitäten seien ein generelles Problem der Bezirke.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist hin, dass der Senat die Erklärung der Bezirke akzeptieren müsse.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt für ihre Fraktion:

"Wie sichert die für Umwelt und Naturschutz zuständige Senatsverwaltung gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen ab, dass der Artenschutz, insbesondere der Schutz der Gebäudebrüter, gewahrt bleibt und nicht der Abriss des Jahn-Stadions erfolgt, bevor die CEF-Maßnahmen (continuous ecological functionality measures, Maßnahmen für die dauerhafte ökologische Funktion) greifen?"

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) erläutert, dass der Bezirk für die Festlegung und Überwachung der Umsetzung der CEF-Maßnahmen zuständig sei.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass zugesichert werde, dass die Artenschutzmaßnahmen so getroffen und umgesetzt worden seien, dass kein Schaden entstehe. Werde der Senat die Verantwortung übernehmen, falls das nicht zutreffe?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) unterstreicht, dass der Bezirk zuständig und kompetent sei. Die Senatsverwaltung habe keine Fachaufsicht über die Bezirke.

Frank Luhmann (CDU) fragt spontan, welche Konsequenzen der Bundeswaldinventurbericht mit seinen negativen Befunden für die Berliner Forsten habe.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) unterstreicht, dass die Befunde erschreckend seien. Von 11,5 Mio. Hektar Wald seien 2 Mio. stark geschädigt. Der Totholzanteil sei um 32 Prozent gestiegen. Der deutsche Wald sei keine Kohlenstoffsenke mehr. Positiv sei, dass sich die Waldfläche und der Anteil an Laubhölzern vergrößert hätten. Da der Berliner Wald kaum Fichtenanteil habe, seien die Ergebnisse nicht vollständig übertragbar. Erste Vorabverationen der Berliner Inventur zeigten aber einen schlechten Zustand der Eichen.

Linda Vierecke (SPD) fragt spontan, wann das Kleingartensicherungsgesetz im Senat besprochen werde.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) teilt mit, dass ein Entwurf erarbeitet worden sei und zeitnah vorgelegt werde.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, wann das erfolge.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) teilt mit, dass sie davon ausgehe, dass das Gesetz im Oktober oder November vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) berichtet, dass die Abrechnung nach Abschluss des Förderzeitraums von BENE ergeben habe, dass 202 Förderung mit einem Fördervolumen von 308 Mio. Euro bewilligt worden seien. Dadurch würden CO₂-Einsparungen in Höhe von 44 000 Tonnen im Jahr erreicht. Es sei gelungen, 800 000 Quadratmeter ökologisch wirksame Fläche zu sanieren oder neu zu schaffen. – BENE 2 laufe derzeit mit einem möglichen Fördervolumen von 525 Mio. Euro. Es gebe erstmalig auch Förderungen für Unternehmen und Wirtschaft. 37 Projekte seien schon bewilligt und weitere 147 in der Pipeline. – Am 24.09. sei in Berliner Flüssen und Seen ein Aal-Besatz mit 285 000 Aalen erfolgt. Dadurch solle der gefährdete Bestand des europäischen Aals gesichert und erhalten werden. Das werde durch die EU, das Land Berlin und die Fischerei selbst gefördert. – Am 21.10. starteten die Zero-Waste-Wochen mit vielen Veranstaltungen in fast allen Bezirken, wo auf das Thema Müllvermeidung hingewiesen werden solle. – Für den Reparaturbonus seien innerhalb von zwei Wochen nach Start bereits 482 Anträge gestellt worden. Das zeige das große Interesse.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, ob der Senat beim Verpackungssteuergesetz selbst die Initiative ergreifen werde. – Sei beim Reparaturbonus geplant, die Bagatellgrenze von 100 Euro abzusenken? Was spreche dagegen, die Altersgrenze von 18 Jahren abzusenken?

Linda Vierecke (SPD) bittet um Ausführungen, ob es für BENE 2 gelungen sei, weitere Fördermittel zu akquirieren. – Wie schnell würden Anträge beim Reparaturbonus bewilligt? Würden Anregungen etwa von Reparaturcafés bezüglich der Bürokratie für eine Weiterentwicklung genutzt?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) führt aus, dass bei einer Verpackungssteuer eine bundesgesetzliche Regelung bevorzugt sei. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten müsse auch der bürokratische Mehraufwand mit möglichen Einnahmen und der Belastung von Unternehmen abgewogen werden. – Für Reparaturcafés gebe es eine niedrigere Grenze von 25 Euro. Die Gründe für die Altersgrenze müssten nachgeliefert werden. – In der SenMVKU gebe es eine eigene Arbeitsgruppe, um die Senatsverwaltung und Bezirke dabei zu beraten, Fördermöglichkeiten auf Bundes- und EU-Ebene zu erschließen. Die Senatskanzlei plane Ähnliches. Der komplexe Beantragungsprozess verlange aber eine enge Begleitung von Interessierten. Bei Bundesförderprogrammen wie dem ANK werde versucht, diese für Berlin nutzbar zu machen.

Dr. Stefanie Hennecke (SenMVKU) merkt an, dass zum ANK ab 2025 eine Regionalagentur mit vier Stellen aufgebaut werde, die als Beratungs- und Vernetzungsinstanz fungieren solle.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) ergänzt, dass zum Stichtag 30.09. 39 Reparaturbonusanträge bewilligt und 4 252 Euro ausgezahlt worden seien.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, ob die Reparatur von Smartphones und Laptops gefördert würden.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) antwortet, dass das der Fall sei. Auf der Webseite zum Reparaturbonus sei eine Liste einsehbar.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0091](#)
Klimakrise und Klimazukunft: Szenarien für die UK
Region Berlin-Brandenburg
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0205](#)
Zukünftige Klimaentwicklungen in Berlin- UK
Brandenburg: Was erwartet uns?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0203](#)
Drucksache 19/1858 UK
Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Haupt
Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben InnSichO
(Schneller-Bauen-Gesetz – SBG) StadtWohn(f)
Mobil

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

Antrag der AfD-Fraktion [0148](#)
Drucksache 19/1432 UK
Keine Großwindkraftanlagen in Grunewald oder am BuEuMe(f)
Müggelsee – Wind-an-Land-Gesetz auf den StadtWohn
Prüfstand! WiEnBe

Frank-Christian Hansel (AfD) erläutert, dass die Errichtung von Windkraftanlagen – WKA – in Berlin sinnlos sei. Die Stromproduktion der erneuerbaren Energien sei unzuverlässig und die Energiewende unausgegoren. Das Gesetz müsse im Bundesrat gestoppt werden.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass auch in Berlin WKAs nötig seien, um ausreichend Strom zu produzieren. Der Antrag werde abgelehnt.

Bettina Meißner (CDU) weist hin, dass die heutige Anhörung die Handlungsnotwendigkeit gezeigt habe. Berlin müsse seinen Beitrag auch bei der Windenergie leisten. Die Standorte müssten nach Umweltverträglichkeit abgewogen werden. Der Antrag werde abgelehnt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) betont, dass das Gesetz ein wichtiger Beitrag sei, um die Energiewende auch in sich verweigernden Bundesländern voranzubringen. Berlin müsse auch einen fairen Anteil an der Belastung tragen. Der Antrag werde abgelehnt.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien die Ablehnung des Antrag Drucksache 19/1432 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung – neu –

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.